



PRÄSIDIALREDE

BALTHASAR GLÄTTLI

DELEGIERTENVERSAMMLUNG, 21. AUGUST 2021, FREIBURG

Gemeinsam und mit einer mutigen Demokratie die Klimakrise meistern.

Es gilt das gesprochene und das geschriebene Wort.

23 Jahre.

50 Jahre.

60 Jahre.

60 Jahre dauerte es von der Verfassungsgrundlage bis zur Einführung der Mutterschaftsversicherung.

Erst seit 50 Jahren kennen wir in der Schweiz das Frauenstimmrecht.

Und wenn die Schweiz am 26. September JA sagt zur Ehe für alle, dann wird das 23 Jahre her sein: fast ein Vierteljahrhundert seit der ersten parlamentarischen Initiative der GRÜNEN Ruth Genner...

Endlich!

Liebe GRÜNE
Chères Vertes et chers Verts
Cari Verdi

Muss Demokratie immer so langsam sein? Und mutlos? Ihr könnt euch alle vorstellen, wann ich mich dies das letzte Mal gefragt hatte: nach dem Scheitern des CO₂-Gesetzes. Wir wissen, wir müssten mehr tun. Viel mehr. Wir hätten schon beim CO₂-Gesetz mehr tun müssen. Und dann verlieren wir sogar diese abgespeckte Kompromisslösung. Mich hat das innerlich zerrissen. Und aus vielen Gesprächen weiss ich: ganz, ganz viele von euch auch. Aber Resignieren ist keine Option. Das macht der im August veröffentlichte neueste Bericht des Weltklimarats überdeutlich. Er zeigt das längst Bekannte auf: die menschengemachte Klimaerhitzung. Aber in weit grösserer Genauigkeit und Dringlichkeit, als wir das bisher wussten.

Auch die aktuellen Extremwetterlagen diesen Sommer – Hitzewellen in Nordamerika und am Mittelmeer, Unwetter in der Schweiz und massive Überflutungen in Belgien und in Deutschland – sie zeigen, die Klimakrise kommt nicht erst, wir sind mittendrin.

Es geht nicht nur um die Zukunft unserer Enkel. Es geht nicht nur um unsere Kinder. Es geht auch um unsere eigene Gegenwart.

Wir sind die erste Generation, welche die Klimakrise am eigenen Leib erlebt. Und die Letzte, die noch etwas dagegen tun kann.

Der neueste Klimabericht macht wissenschaftlich extrem breit abgestützt klar: Weiter wie bisher ist keine Option. Die Erde wird sich bei der derzeitigen Entwicklung bereits bis 2030 um 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erhitzt haben.

Und was beschliesst der Bundesrat, was verkündet die Schweizer Umweltministerin einen Tag später: Der Bundesrat lehnt die Gletscherinitiative ab. Netto-null bis 2050, das sei zwar auch *sein* Ziel. Aber dass man bis dann überall dort, wo es technisch möglich ist, aus Öl, aus Gas, aus Kohle tatsächlich aussteigt, das geht dem Bundesrat zu weit.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, dieser Bundesrat gehört ausgewechselt. Er scheint noch immer nicht verstanden zu haben: Der globale Temperaturanstieg wird schon 2030 1,5 Grad Celsius betragen. 2030! Zehn Jahre früher, als dies 2018 noch prognostiziert wurde.

Es ist kaum zu glauben, aber die Dringlichkeit der Lage ist beim Bundesrat ganz offensichtlich noch immer nicht angekommen. Bei uns GRÜNEN schon und auch in der Gesellschaft, bei den jungen Klimastreikenden – und auch bei den Klimasenior*innen.

60 Jahre, 50 Jahre, 23 Jahre... Der Zustand der Welt gibt uns neun Jahre.
Neun Jahre bis 2030.

Innerhalb von neun Jahren müssen wir entschlossen umsteuern. Hier in der Schweiz und weltweit.

Und eins ist klar:

- Auch wenn wir ganz viele Technologien schon kennen, welche die fossilen Energien ersetzen können,
- Auch wenn unsere Wegwerf-Gesellschaft kein Naturgesetz ist, wenn wir uns ändern, wenn wir der Wirtschaft andere Rahmenbedingungen setzen...

Eins ist klar: das ist kein Spaziergang.

Der Umbau ins postfossile Zeitalter ist nicht so einfach wie die Rettung der Menschen vor dem Ozonloch: Damals konnte man einfach die Ozonkiller verbieten. Heute müssen wir aus allen fossilen Energieträgern aussteigen, und das heisst: Entzug von der Droge, die unsere Wegwerfgesellschaft überhaupt erst möglich gemacht hat.

Neun Jahre also haben wir noch Zeit, entschlossen umzusteuern. Hier in der Schweiz und weltweit. Das ist kein Spaziergang, das ist eine riesige Herausforderung. Aber es ist es wert.

Unsere Motivation als GRÜNE, uns für mehr Klimagerechtigkeit einzusetzen, ist nicht nur das, was wir verlieren werden mit dem «Weiter so». Sondern auch das, was wir gewinnen können mit einer mutigen Klimapolitik:

Arbeitsplätze mit Zukunft,
Krisenfestigkeit und Unabhängigkeit
und eine Wirtschaftsweise,
welche die Menschen ins Zentrum stellt.

Bauen wir mit den richtigen, mit grünen und sozialen Leitlinien, mit den richtigen politischen Anreizen unsere Wirtschaft um,
von einer Wirtschaft, die unsere eigenen Lebensgrundlagen ausbeutet und untergräbt,
hin zu einer Wirtschaft, die Arbeit und Zukunft schafft.

Unser Ziel ist es, neue Freiheiten zu schaffen.

Nicht einschränken – sondern ermöglichen.

Dazu müssen wir die Grenzen respektieren, die es gibt – ob wir sie wollen oder nicht. Die Grenzen der Physik, die Grenzen der Belastbarkeit unserer Natur. In diesem Rahmen aber wollen wir Freiheit bewahren und gestalten und neue Räume der Freiheit schaffen. Dort, wo es Freiheit geben kann: im Verhältnis der Menschen zueinander, in unserer Gesellschaft, in der Art unseres Zusammenlebens, unseres zusammen Wirtschaftens.

Es gibt zweierlei Gesetze. Die Gesetze der Physik. Und die Gesetze, die unsere Gesellschaft hervorbringt.

Wir haben die Freiheit, Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft zu schaffen, die unser aller Wohlergehen fördern statt es einzuschränken. Wir haben die Freiheit, uns für eine Politik zu entscheiden, die das Klima schützt, uns von den fossilen Energien befreit und eine gerechte, solidarische und soziale Gesellschaft fördert.

Neun Jahre haben wir noch Zeit, entschlossen umzusteuern.

Mich hat das an Kennedy erinnert, der Anfang der 60er Jahre in einer berühmten Rede sagte:

*«Wir haben uns entschlossen, in diesem Jahrzehnt zum Mond zu fliegen (...), **nicht, weil es leicht ist, sondern weil es schwer ist**, weil das Ziel dazu dient, das Beste aus unseren Energien und Fähigkeiten zu organisieren und zu messen, weil die Herausforderung eine ist, der wir uns stellen wollen, die wir nicht verschieben wollen und die wir zu gewinnen beabsichtigen...»*

Und die Historiker*innen erinnern uns daran: Als Kennedy dieses Ziel setzte, da waren 58 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner dagegen. Und doch landeten, noch vor Ende des Jahrzehnts, die ersten Menschen auf dem Mond und kehrten sicher zurück.

Als Gesellschaft, können wir auch Schwieriges erreichen. Das Undenkbare denkbar, und das Denkbare möglich machen: Wenn wir uns engagiert dafür einsetzen! Innert neun Jahren müssen wir nun *das Beste aus unseren Energien und Fähigkeiten rausholen* um uns rasch aus der Abhängigkeit von fossilen Energien zu befreien.

Es geht um viel mehr als um eine Mondlandung, ohne die wir sehr gut leben könnten: Es geht um unser (Über-)Leben, auf dieser unserer einen, einzigen Erde, die wir haben.

Unsere DV steht im Zeichen des Regenbogens – dieser symbolisiert nicht nur die Gleichstellung von LGBTIQ+, sondern ist in der Geschichte der Arche Noah auch ein Versprechen für eine gute Zukunft der Welt. Hier und heute soll der Regenbogen auch Zeichen dafür sein, dass wir alles tun müssen, um nächste Sintfluten zu verhindern, um die Klimaerhitzung zu bremsen.

* * *

Welchen Weg wir gehen, das hängt auch davon ab, welche Herausforderungen wir suchen. Andere rechnen sich Erfolg aus, wenn es Ihnen gelingt, Konflikte zu schaffen, Konflikte anzuheizen:

Konflikte zwischen Stadt und Land,

Konflikte zwischen Jung und Alt,

Konflikte zwischen neuen und alten Hiesigen.

**Wir GRÜNE, wir wollen Brücken bauen statt Mauern,
für uns GRÜNE zählt Zukunft statt Herkunft.**

Wenn denn die Schweiz eine Willensnation ist, als die wir sie immer wieder bezeichnen, dann stehen wir GRÜNE dafür, sie zusammenzubringen, statt sie zu spalten. Im Kampf gegen die grösste Herausforderung unserer Zeit, die uns ausnahmslos alle betrifft. In den Bergen, im Tal, in der Romandie, in Ticino, auf dem Land, in den Agglomerationen und in der Stadt.

Wir GRÜNE stehen ein, diese unsere Willensnation zu gestalten, statt zu verwalten, wir kennen die wahren Probleme, und darum suchen wir Lösungen, wir spüren die Angst, und darum schaffen wir Hoffnung, wir lieben die Demokratie, und darum wollen wir sie erweitern.

Aber: Ist unsere Demokratie zu langsam, um die Jahrhundertherausforderung Klimakrise zu meistern? Manchmal habe ich in der Tat diese Befürchtung.

Aber dann sehe ich wieder die jungen Menschen, die Jungen Grünen. Die wollen von den Institutionen nun eine Antwort. Innerhalb der nächsten neun Jahre. Und da genau steckt die Antwort, liebe GRÜNE: Mehr Demokratie!

Wir müssen noch in dieser Legislaturperiode allen Schweizerinnen und Schweizern ab 16 das Stimmrecht geben. 16- und 17-Jährige werden uns helfen, mutiger und schneller zu handeln.

Aber wir brauchen dafür nicht nur die Schweizerinnen und Schweizer: Wir wollen eine Demokratie, die offen ist. Eine Demokratie, die lebt. Eine Demokratie, die stark sein will, und ihre Stärke daran misst, ob es ihr gelingt, möglichst viele Betroffene zu Beteiligten zu machen. Deswegen sollen in der Schweiz alle Einwohnerinnen und Einwohner, die hier ihr Leben haben, das Stimmrecht bekommen – unabhängig von der Farbe ihres Passes.

Nur die, die lieber Konflikte schaffen, statt Lösungen, wollen nicht mehr Demokratie schaffen. Nur die, die lieber die Schuld zuschieben, statt zu handeln, wollen nicht mehr Demokratie schaffen.

**Wir müssen die Demokratie nicht einschränken, nein.
Wir müssen unsere Demokratie mutiger machen.**

Denn genau so bauen wir Brücken statt Mauern – genau so bauen wir Brücken, statt Gräben zu schaufeln. Indem wir alle miteinbeziehen: Die Jungen und Alten, die Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen aus allen Sprachregionen, Menschen, die auf dem Land und solche, die in der Stadt leben. Was zählt, ist die gemeinsame Zukunft.

Darum fordern wir GRÜNE auch einen Bürger*innen-Rat.
Losbasiert. Repräsentativ zusammengesetzt.
Mit verbindlichen Kompetenzen als dritte Kammer neben National- und Ständerat.
Aber eingebunden in unser bewährtes System der direkten Demokratie.

Ein solcher losbasierter Bürger*innen-Rat würde funktionieren wie eine Mini-Schweiz. Ein geeignetes, zufälliges Auswahlverfahren sorgt für eine ausgeglichene und der Bevölkerung entsprechende Vertretung der Geschlechter, der Altersgruppen, der Bildungsgrade, der Wohnortgrössen. Von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, aus allen Sprachregionen – von Stadt und Land.

Unsere heutige direkte Demokratie ist stark darin, allen ein Vetorecht zu geben gegen Veränderungen, die man problematisch findet. Unsere Demokratie ist stark darin, Veränderungen breit zu verankern – wenn es denn gelingt, Mehrheiten zu finden.

Ja sagen oder Nein sagen – das ist aber nicht alles, was eine Demokratie braucht. Am Ursprung, am Anfang der Demokratie steht doch vielmehr die Diskussion, das Gespräch, das einander Zuhören. Das Abwägen der Positionen. Die Möglichkeit, sich im Gespräch auch zu wandeln. Das brauchen wir. Den Mut, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die dann breit getragen werden.

Und die Erfahrung zeigt: Vorschläge, die von repräsentativen, vom Los bestimmten Bürger*innenräten ausgearbeitet werden, finden oft breite Akzeptanz – auch in einer Volksabstimmung. Und dies, obwohl solche Räte meist für besonders schwierige und umstrittene Themen eingesetzt werden – und oft ambitionierte, mutigere Lösungen präsentieren als Parlamentarier*innen – vielleicht weil diese Angst haben, die eigene Wiederwahl aufs Spiel zu setzen.

Ein Beispiel – Irland: Dank Bürger*innenräten brauchte das erzkatholische Irland nicht 23 Jahre für die Einführung der Ehe für alle wie die Schweiz, sondern nicht einmal drei: 2012 wurde der Bürger*innenrat ins Leben gerufen, 2015 sein damals revolutionärer Vorschlag zur Ehe für alle vom Volk mit klarem Mehr angenommen.

Lasst uns auch in der Schweiz mehr Demokratie wagen – mit einem Bürger*innenrat, der neuen Schwung in die Klimapolitik bringt, denn das hat sie dringendst nötig. Einem Bürger*innenrat, der ambitionierte und gleichzeitig mehrheitsfähige und breit abgestützte Vorschläge ins Parlament einbringen kann. Und der die Möglichkeit hätte, am Schluss gar direkt eine Volksabstimmung zu starten – so wie das heute, viel langsamer und aufwändiger, auch Volksinitiativen können.

* * *

Wir sind heute in Freiburg, zum ersten Mal seit einem Jahr wieder alle zusammen, und wissen: Wir müssen viel bewegen – und wenn wir alle zusammenstehen, entschlossen, gemeinsam, dann können wir viel bewegen.

Bei den Gemeindewahlen im März im Kanton, da haben wir GRÜNE unsere Sitze verdreifacht! Und wir bleiben dran, da bin ich sicher, bei den Wahlen diesen November: Geben wir ihnen Schub, unseren grünen Freundinnen und Freunden in Fribourg, unserer grünen Regierungsratskandidatin Sylvie Bonvin-Sansonnens, unseren Kandidierenden für den Grand Conseil, allen grün Bewegten, die sie unterstützen in Fribourg!

Wir stehen ein für eine klimagerechte Schweiz in einer klimagerechten Welt. Wir stehen ein für Brücken statt Mauern – und zwar nicht nur zwischen den Kontinenten und zwischen den Ländern, sondern auch zwischen den Schweizer Kantonen und Regionen, zwischen Stadt und Land.

Gerade wenn es schwierig wird, da braucht es uns GRÜNE, starke GRÜNE, überzeugte GRÜNE umso mehr. Gemeinsam stehen wir ein für eine Zukunft mit Zukunft - und beflaggen wir sie, beflaggen wir sie mit tausend Regenbogenfahnen!